

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
Österreichischen Universitäten
Projekt Institut für Internationale Entwicklung /
Zentrum für überfakultäre Forschung der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer,
Margit Franz, Irmi Hanak,
Franz Kolland (verantwortl.), René Kuppe, Brita Neuhold,
Andreas Novy, Herwig Palme,
Christof Parnreiter, Kunibert Raffer,
Andreas Schedler, Walter Schicho,
Anselm Skuhra, Sandra Zech

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig),
Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda),
Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago),
Helmuth Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras),
Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur),
Dieter Rothermund (Heidelberg),
Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston),
Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Brandes & Apsel / Südwind

Auf Wunsch informieren wir regelmäßig über das Verlagsprogramm sowie die Beiträge dieser Zeitschrift. Eine Postkarte an den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M. genügt. Oder per e-mail: **Brandes-Apsel@t-online.de** genügt. Nähere Informationen über bisher erschienene Hefte (Schwerpunkte, Beiträge etc.) erhalten Sie auch direkt unter folgender Internet-Adresse:
<http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep>

Gefördert aus öffentlichen Mitteln

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich
Heft 2/2001; XVII. Jg.
Preis des Einzelhefts: DM 19,80 / öS 120,- / sFr 21,-
Preis des Jahresabonnements: DM 79,- / öS 480,- / sFr 72,-
Abonnementsbezug für Deutschland, Schweiz u. a.:
Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.
Abonnementsbezug nur für Österreich:
Stüdwind-Buchwelt Buchhandelsbes. m. b. H., Baumgasse 79, A-1034 Wien
Redaktionsadresse:
Journal für Entwicklungspolitik, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien
E-mail: int-entwicklung@univie.ac.at

1. Auflage 2001

© by Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33,
D-60385 Frankfurt a. M.

Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion und des Verlages. Das gilt insbesondere für Nachdrucke, Bearbeitungen und Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in allen Arten von elektronischen und optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehsendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien. Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Volker Plass, Wien
Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien/A-5026 Salzburg
Druck: Difo-Druck OHG, Bamberg, Deutschland
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier

ISSN 0258-2384

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, XVII. Jg., Heft 2, 2001 Austrian Journal of Development Studies

Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit – Überlegungen zur Repolitisierung der Zivilgesellschaft

Schwerpunktedakteur: Andreas Novy

Editorial 117

Artikel

Andreas Novy

Die Beziehung von Theorie und Praxis: Zivilgesellschaft, Nicht-Regierungsorganisationen und Entwicklungszusammenarbeit 119

Michael Obrovsky

Standortbestimmung der entwicklungspolitischen NGOs in Österreich 139

Andreas Novy und Silvia Nossek

Wisse, was du tust – Reflexionsfähigkeit als entwicklungspolitische Schlüsselkompetenz 143

Kommentare

Helmuth Hartmeyer

Wisse, was du tust – und tue es mit Bedacht 165

Eva Klawatsch-Treitl

Tu, was du willst!
Reflexionen über Schlüsselkompetenzen 169

Alexandra Strickner

Auf der Suche nach einer umfassenden Professionalität 175

Petra Purkarthofer

„Die Gesellschaft, die sich organisiert“ als Utopie demokratischer
Machtverweigerung 181

Joachim Becker

Der progressive erweiterte Staat:
Zivilgesellschaft, Lokalstaat und partizipatives Budget in Porto Alegre . 193

Karin Küblböck

ATTAC – Potential für gesellschaftliche Veränderung oder Domesti-
zierung von Konflikten? 201

Rezension 211

Über Autoren und Autorinnen 215

Informationen für Autoren und Autorinnen 216

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 117–118

Editorial

Diese Nummer des Journals für Entwicklungspolitik (JEP) nimmt eine Standortbestimmung einer wichtigen entwicklungspolitischen Akteurin vor: der Zivilgesellschaft – und im engeren Sinne der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NROs). Es ist gerade in Zeiten der Krise und des Übergangs, dass grundlegende Überlegungen und Rückbesinnungen auf die eigene Identität von großer Bedeutung sind. Im Falle der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft ist diese Krise als Sinn- und Identitätskrise ideell, und als Finanzkrise materiell deutlich spürbar. Aus diesem Grunde benötigt eine derartige Reflexion Platz. Das JEP trägt dem Rechnung, indem es diesem Thema eine ganze Nummer widmet. Darüber hinaus organisiert der Träger des JEP, der „Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik“, zusammen mit österreichischen entwicklungspolitischen NROs einen Reflexionsprozess. Die Zivilgesellschaft als ein sozialer Raum der Kommunikation wird genutzt, um die entwicklungspolitische Diskussion zu beleben und der Praxis neue Perspektiven aufzuzeigen. Die zentrale Absicht all dieser umfassenden Bemühungen ist es, den Diskurs zu entfachen, kontroverse Diskussionen auszulösen und Raum zum gemeinsamen Lernen und Reflektieren zu schaffen. Das JEP nutzt somit mit dieser Nummer über Zivilgesellschaft die Zivilgesellschaft als Raum der Kommunikation. Eine eigene Veranstaltung, die „Entwicklungs-Tagung 2001“ im Oktober in Salzburg wird hierbei eine wichtige Rolle spielen, indem sie einen ersten Höhepunkt dieses Reflexionsprozesses darstellen wird.

In diesem Heft gruppieren sich die einzelnen Beiträge um drei Themenkomplexe. Es wird dabei, wie dies in vielen renommierten wissenschaftlichen Zeitschriften üblich ist, innerhalb des Heftes ein Dialog praktiziert, soweit dies die monologische Grundstruktur einer Zeitschrift zulässt. Die AutorInnen treten innerhalb des Heftes, und hoffentlich darüber hinaus, miteinander in Diskussion.

Der einleitende Artikel von Andreas Novy beschäftigt sich mit dem Einfluss der Theorie auf die Praxis der EZA. Anhand von drei Beispielen wird gezeigt, wie wichtig Theoriebildung für die Praxis der EZA ist. Am Beispiel einer Begriffsklärung von „Zivilgesellschaft“ und „NRO“ wird gezeigt, dass praktische Probleme und Unklarheiten oftmals ihre Wurzeln in theoretischen Ungereimtheiten haben. Am Beispiel des Zusammenhangs von Theorie und Praxis wird gezeigt, wie die liberale Entwicklungstheorie im Gefolge der konservativen Wende immer stärker handlungs- und politikbestimmend wurde. Begriffe wie „Treffsicherheit“ und „Armutsbekämpfung“ gehen in die Praxis der EZA ein und gewinnen eine unhinterfragte Selbstverständlichkeit und Akzeptanz. Michael Obrovsky konkretisiert dies im folgenden anhand der österreichischen Entwicklung.

Im zweiten Themenkomplex geht es um „Reflexionsfähigkeit als entwicklungspolitische Schlüsselkompetenz“. Andreas Novy und Silvia Nossek begründen die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit von Reflexion an sich. Sie wollen entgegen einem Zeitgeist, der das überkommene mechanistische Bild von Wissen und Organisation wiederbelebt, zeigen, warum Reflexion für entwicklungspolitische NROs so wichtig ist, ja eine wesentliche Stärke der NROs im Feld der EZA sein könnte. Dieser Artikel wird in der Folge von vier AutorInnen kommentiert, die allesamt in der Praxis der EZA tätig sind. Helmuth Hartmeyer stimmt Novy, Nossek zu, dass wir wissen müssen, was wir tun, weist aber darüber hinaus darauf hin, dies auch mit Bedacht zu tun. Eva Klawatsch-Treitl meint, es sei auch wichtig, zu wissen, was man will. Alexandra Strickner kritisiert eine einseitige Sicht von Professionalität und stellt dieser ein erweitertes Konzept gegenüber.

Im dritten Themenkomplex geht es um verschiedene Versuche einer Politisierung der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft. Petra Purkarthofer beschreibt die mexikanische EZLN und damit ein ganz anderes Modell von Zivilgesellschaft, die in der ausdrücklichen Machtverweigerung ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung wahrnimmt. Joachim Becker beschreibt das Beispiel der Budgetmitbestimmung in der südbrasilianischen Stadt Porto Alegre. Es ist dies ein Beispiel, wie die Zivilgesellschaft am Staat teilhaben kann und auf diese Weise zu dessen Demokratisierung des Staates beiträgt. Karin Külböck schließlich beschreibt mit ATTAC einen neuen Akteur der internationalen Zivilgesellschaft.

Wie die breitgestreute AutorInnenschaft zeigt, praktiziert dieses Heft tatsächlich einen Theorie-Praxis-Dialog. Es ist ein Dialog, der von beiden Seiten Anstrengungen erfordert, aus gewohnten Bahnen auszuberechnen. Damit wird aber möglich, Neues zu denken, gemeinsam gescheiter zu werden und innovative Perspektiven für das eigene Handeln und das der eigenen Organisation zu entdecken. Es hat den Vorteil, sich nicht vorschnell den von Marketing- und PR-Abteilungen verordneten Trivialisierungen beugen zu müssen, die im Namen des „Mannes von der Straße“ jeden substanziellen Diskurs abzuwürgen drohen. Gerade in Zeiten des Umbruchs besteht nämlich erhöhter Reflexionsbedarf, der sich nicht vorschnell Kurzfristerfordernissen unterwerfen darf. Sicherlich wird jede akademische Diskussion an einem bestimmten Punkt auch mit der Gesamtgesellschaft kommunizieren müssen und dann werden Marketing und PR-Überlegungen wichtig werden. Davor jedoch müssen die eigene Positionierung, die eigene Identität und die eigenen Perspektiven klarer werden. Was heutzutage gemeinhin als „Leitbild“ bezeichnet wird, kann nur das Ergebnis eines gemeinsamen Reflexionsprozesses sein.

Andreas Novy

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 119–138

Andreas Novy

Die Beziehung von Theorie und Praxis: Zivilgesellschaft, Nicht-Regierungsorganisationen und Entwicklungszusammenarbeit

Das Verhältnis von Theorie zu Praxis ist oftmals Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen gewesen. Hierbei dominieren diejenigen, die der Praxis den Primat zuweisen. Dieser Artikel fokussiert die andere Seite und zeigt die oftmals nicht wahrgenommene Relevanz von theoretischen Produktionen für die Praxis der EZA. Damit wird indirekt anhand von drei Beispielen aufgezeigt, warum die Fähigkeit zu reflektieren zu den entwicklungspolitischen Schlüsselkompetenzen zählt. Reflexion über die (eigene) Praxis der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) ermöglicht wirksamere Interventionen in die soziale Welt. Theorien helfen uns, eine Welt zu ordnen, die uns als komplexe Ansammlung von Ereignissen und Fakten ansonsten zumeist unverständlich wäre. Alle Menschen verwenden daher Theorien, um im sozialen Feld handlungsfähig zu sein. Die Mehrzahl stützt sich hierbei auf das Alltagswissen, auf das traditionell erworbene und individuell im Laufe der Zeit praktisch angeeignete Wissen. Ein kleinerer Teil hat die Möglichkeit, dieses Alltagswissen durch eine systematische Reflexion zu ergänzen, die gemeinhin vereinfachend als Wissenschaft verstanden wird. Im Grunde geht es jedoch um Reflexionsfähigkeit in einem umfassenden Sinne, die auf Allgemeinbildung genauso aufbaut wie auf Fachwissen. Dieses umfassende Wissen und Können ermöglicht eine wirksame und sinnvolle Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes. Im konkreten Fall interessieren uns Phänomene der internationalen Entwicklung. Hierzu benötigen wir ein umfassendes Wissen über die Grundstruktur der Gesellschaft, in der wir leben, und dem Feld, in dem wir handeln. Dies soll im folgenden anhand von ausgewählten Beispielen dargelegt werden: den Anfang macht eine Diskussion um Zivilgesellschaft und Nicht-Regierungsorganisationen (NROs), es folgt eine grundlegende Reflexion über liberale Entwicklungstheorien und deren Bezug zur Praxis der EZA. Abgeschlossen wird der Text durch die Beschreibung, wie der Sozialliberalismus die Zivilgesellschaft vereinnahmt und zur Rechtfertigung neoliberaler Politiken instrumentalisiert hat.

1. Zivilgesellschaft und NROs

Über Zivilgesellschaft wird viel geredet – und ist schon viel geschrieben worden. An dieser Stelle soll und kann die theoretische Diskussion nicht wiedergegeben werden (vgl. hierzu die zahlreichen Beiträge in Kolland et al. 1996 und im Journal

für Entwicklungspolitik 4/97 mit seinem Schwerpunkt „Zivilgesellschaft und Entwicklungspolitik“). Vielmehr sollen im folgenden nur kurz Blitzlichter auf die Diskussion geworfen werden. Zivilgesellschaft ist hierbei ein Begriff, der eine ambivalente Realität beschreibt und deshalb selbst zutiefst widersprüchlich ist. Zivilgesellschaft wird daher im folgenden gleichzeitig als eine Ansammlung von nicht-staatlichen Akteuren und als ein sozialer Raum gesehen, als ein normatives und als ein analytisches Konzept, als ein liberaler und politökonomischer Begriff.

Beginnen wir mit dem Umstand, dass es Organisationen gibt, deren der Umstand, *Nicht-Regierungs-Organisation* zu sein, den Namen gibt. Die Abgrenzung vom Staat, genauer von der Exekutive, wird damit zu einem Abgrenzungskriterium einer ganzen Gruppe von entwicklungspolitischen Akteuren. Diese Identitätsbegründung durch Abgrenzung ähnelt auch der gemeinhin üblichen Definition von Zivilgesellschaft, die diese ebenfalls als eine nicht-staatliche Sphäre ansieht. Wäre die Negation, Teil der Regierung zu sein, das einzige Merkmal von NROs, hätten sie sicherlich massive Legitimitätsprobleme. Deshalb betonen liberale TheoretikerInnen zumeist den Umstand, dass die Zivilgesellschaft als eine von Staat und Wirtschaft getrennte Sphäre nach einer eigenen Logik organisiert sei. Es sind die BürgerInnen, die am Allgemeinwohl orientiert, Freiwilligenarbeit leisten, Initiativen und Vereine gründen und so eine Bürgerschaft bilden. Diese Sichtweise geht stark von einem ethischen Verständnis aus, wonach in der Zivilgesellschaft bestimmte Tugenden der Allgemeinorientierung vorhanden seien, die in der Restgesellschaft nicht (länger) zu finden seien. Die Kommunitaristen, genauso wie Habermas, orientieren sich an diesem *normativen* Verständnis von Zivilgesellschaft als einem autonomen sozialen Raum, in dem sozial verantwortlich gehandelt wird. Während der Besitzbürger und Unternehmer als *bourgeois* einzig an seinem Profit und der Mehrung seines Eigentums interessiert sei, gehe es dem Staatsbürger als *citoyen* um das Allgemeinwohl. Dieser Vorstellung gemäß entläßt sich bürgerliches Engagement entweder im Gründen eines Unternehmens oder in der Teilnahme und Unterstützung wohltätiger Organisationen, im Bereich der EZA oder der Umwelt.

Die liberale Konzeption von Zivilgesellschaft gewann seit den 80er Jahren in der Kritik an autoritären Staaten in Osteuropa und Lateinamerika erneut an Bedeutung. Dem Volk, das sich in vielfältigen Formen gegen den Staat organisierte, wurde mit Zivilgesellschaft ein Oberbegriff für ihr Handeln geliefert: Demonstrationen, Dissidentinnengruppen, BäuerInnenvereinigungen, autonome Gewerkschaften und eine Vielzahl anderer Widerstandsgruppen wurden fortan als Teil der Zivilgesellschaft definiert. Gegen kommunistische Regime und Militärdiktaturen formierten sich diese politischen Bewegungen, die vom Staat unabhängig gegen ebendiesen auftraten (Novy 1996). Allgemein erscheint der Rückgriff auf Zivilgesellschaft besonders unter denjenigen beliebt, die keinen Zugang zur Staatsmacht haben, gleichsam den VerliererInnen im politischen Machtspiel. Dies galt für die DissidentInnen Osteuropas genauso wie für die Basisinitiativen Lateinamerikas. Gemeinhin waren es aber, scheinbar parado-

xerweise, die Mächtigen selber, die mit Begeisterung diskursiv diese Zivilgesellschaft ins Leben rief. Gerade in Afrika bot die Aufwertung einer mit den herrschenden Interessen eng verbundenen Zivilgesellschaft die Gelegenheit, die bestehende gesellschaftliche Grundstruktur in der Neustrukturierung der Peripherie zu reproduzieren (Schicho 1996).

Zivilgesellschaft in seiner liberalen Konzeption wurzelt in der Kritik an einem patrimonialen Staatsmodell demzufolge die Machthaber den Staat als ihr Eigentum betrachten. Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, warum unter zivilgesellschaftlichen Akteuren die Forderung nach *Autonomie* so bedeutsam ist: der Staat soll sich in unsere Angelegenheiten nicht länger einmischen, es soll Grenzen für staatliche Unterdrückung und Bevormundung geben. Autonomie beinhaltet somit die Forderung nach dem Respekt vor den eigenen Gesetzmäßigkeiten dieser Basisinitiativen und sozialen Bewegungen, sie beinhaltet aber auch die Behauptung, die Zivilgesellschaft als Teil sei von der sozialen Welt als Ganzes, die Wirtschaft, Politik, Staat und Gesellschaft umfasst, abtrennbar. Auch die starken ethischen Zuschreibungen und die stark *positive* Besetzung des Wortes Zivilgesellschaft fördern in erster Linie ein anti-staatliches Ressentiment. Dies idealisiert bestimmte nicht-staatliche Akteure, wie Nachbarschaftsvereine und die Umweltbewegung, und negiert andere, wie Skinheads oder fundamentalistische Bewegungen. Dies führt zu einer simplifizierten Welt, die die Ambivalenz der Zivilgesellschaft und der dieser zugrundeliegenden Struktur von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft negiert. So bedeutet die Aufwertung der Zivilgesellschaft nur eine Restrukturierung, nicht aber eine Aufweitung patriarchaler Geschlechterverhältnisse. Es ist tendenziell so, dass die liberale Teilung zwischen dem eigennützigen und allgemeinwohlorientierten Bürger nur zu oft eine Teilung zwischen Männern und Frauen ist. Erstere konzentrieren sich auf marktfähige und politisch wirksame Formen zivilgesellschaftlichen Engagements, zweiten fallen nicht-staatliche Aufgaben im Bereich der Versorgungsarbeit zu – vor allem Altenbetreuung und Gesundheitsarbeit. Besonders kritisch ist der Umstand zu beurteilen, dass die liberale Tradition kein Verständnis von den Grundlagen der eigenen Gesellschaft hat. Die Möglichkeit der Teilhabe am öffentlichen Leben ist heute in hohem Maße an Einkommen und Vermögen gebunden. Der Liberalismus trug dem im gesamten 19. Jahrhundert Rechnung, indem er das Wahlrecht auf die besitzenden Klassen beschränkte. Im 20. Jahrhundert haben sich die Teilhabechancen vorübergehend durch den Wohlfahrtsstaat erweitert, die gesellschaftliche Grundstruktur ist aber erhalten geblieben. Deshalb wird die Zivilgesellschaft im Zentrum und an der Peripherie zumeist von den Besitzenden und Wissenden kontrolliert.

Der liberalen Sichtweise entgegengesetzt ist eine gesellschaftstheoretische Konzeptualisierung. Diese Sichtweise denkt *Gesellschaft als Totalität*, die sich aus einzelnen Teilen zusammensetzt, welche aber wiederum nur in Rückbezug auf das Ganze verständlich sind. Die Zivilgesellschaft ist demnach Teil der gesellschaftlichen Totalität, sie hat eine Eigenlogik und steht in einer bestimmten Beziehung zum Ganzen. Für Antonio Gramsci, den Vordenker dieser politökono-

nomischen Sichtweise, ist Zivilgesellschaft Teil des erweiterten Staates. Als Teil der Totalität umfasst Zivilgesellschaft einen bestimmten sozialen Raum. In diesem Kräftefeld ringen soziale Gruppen um die Anerkennung und Durchsetzung bestimmter kultureller Praktiken, Lebensformen. Es ist der soziale Raum von Kunst und Kultur, Wissenschaft und Medien, aber auch Familie, Schule und Kirche (Gramsci 1971, Wagner 1997). Der Zivilgesellschaft steht der Staat im engeren Sinn als anderer Teil des erweiterten Staates gegenüber. Im Kern des Staates wird Herrschaft durch Zwang und Gewalt abgesichert. Zu diesem Kern des Staates gehört demnach Polizei, Armee, Justiz und Finanzamt. Die Einheit aus Staat und Zivilgesellschaft bildet der erweiterte Staat, der die beiden Formen der Herrschaftsabsicherung verbindet. Während Herrschaft im einen Fall durch Zwang abgesichert wird, beruht Herrschaft zivilgesellschaftlich in der Herstellung von Konsens, d.h. der Zustimmung der Unterdrückten zu einer bestimmten gesellschaftlichen Ordnung. So standen einander in großen Teilen Westeuropas vor allem in der Zwischenkriegszeit zwei politische Kulturen gegenüber, die um die gesellschaftliche Vorherrschaft kämpften: die bürgerliche Gesellschaft basierend auf der katholischen Kirche einerseits, die Sozialdemokratie basierend auf der Arbeiterbewegung andererseits. Beide strebten die politische Macht an, d.h. sie wollten beide den Staat im engeren Sinne kontrollieren. Darüber hinaus kämpften sie aber auf dem kulturellen Feld der Zivilgesellschaft um die Herzen und Hirne der Menschen, um die Anerkennung ihrer Weltsicht und die Durchsetzung von Lebens- und Arbeitsformen, die dem eigenen Ideal entsprächen. Zeitungen, Kultur- und Sportvereine und eigene Genossenschaften bildeten „Vorfeldorganisationen“ der Parteien, d.h. dem Staat vorgelagerte, d.h. zivilgesellschaftliche Organisationen. Was in den Kern des Staates und was in den Raum der Zivilgesellschaft fällt ist historisch veränderbar. Bildung und Sozialpolitik allgemein sind obiger Argumentation folgend Teil der konsensualen staatlichen Tätigkeit, hiermit in einem Naheverhältnis zur Zivilgesellschaft. Während der Nachkriegszeit jedoch wurden im Zuge wohlfahrtsstaatlicher Politiken diese Tätigkeiten zunehmend Teil des staatlichen Aufgabenfeldes, ausgeführt von Staatsangestellten und bezahlt aus Steuergeldern. Im fordistischen Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit wurden Bildung und Sozialpolitik in den Zentren Teil des staatlichen Aufgabengebietes. Von dort diffundierte diese Vorstellung an die Peripherie (Jäger et al. 2001).

Die politökonomische Sichtweise von Zivilgesellschaft weist eine Reihe von Vorzügen gegenüber der liberalen auf. Auch im liberalen Zugang gibt es ein Verständnis von Zivilgesellschaft als sozialen Raum, wobei sich dieser Raum aber normativ und nicht analytisch definiert. Zur Zivilgesellschaft gezählt zu werden, bedeutet dem liberalen Zugang folgend immer eine moralische Aufwertung des eigenen Handelns als ethisch korrekt, weil sozial verantwortlich und allgemeinwohlorientiert. Durch die Brille der Politikonomie betrachtet ist Zivilgesellschaft aber bloß ein politisches Kräftefeld. Es ist ein Konzept, um die Wirklichkeit zu ordnen. Zivilgesellschaft ist Teil moderner Staatlichkeit und damit frei aller wertenden Zuschreibungen. Sie ist ein sozialer Raum, in dem die

kritische Öffentlichkeit, Massenmedien, religiöse Gruppierungen, Basisinitiativen, NROs und viele andere darum streiten, was, wie und warum in unserer Gesellschaft und dieser Welt etwas geschieht und geschehen sollte. Dieser Raum widerstehender kultureller Praktiken wird nicht nur von verschiedenen Akteuren genutzt, auch die Form des Handelns in diesem Raum folgt keiner klaren Logik. Rassistische Medienberichterstattung ist genauso Teil zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzung, wie das Verteilen selbstkopierter Flugzettel, in denen für Pazifismus und Völkerverständigung gerungen wird. Ob Info-Tische oder Fernsehwerbungen, ob Rotary-Club oder Arbeiterturnerbund, Inhalt und Form des Handelns variieren massiv innerhalb der Zivilgesellschaft. Ob eine Krise durch alte oder neue Rezepte zu lösen sei, welche Theorien salonfähig, welche Instrumente akzeptiert werden, ist Gegenstand der Bemühungen zivilgesellschaftlicher Akteure einen Konsens in der Gesellschaft herbeizuführen. Entwicklungspolitische NROs waren seit den 80er Jahren massiv daran beteiligt, im Bereich der Umwelt durch den Begriff der Nachhaltigkeit einen neuen Konsens zu produzieren. Sie trugen dazu bei, die Einstellung gegenüber Apartheid in den Staaten des Zentrums zu verändern, womit sie zur Beendigung des staatlichen Rassismus in Südafrika beitrugen. Auch das Engagement der Weltbank und die Herstellung eines neuen liberalen Konsens kann in diesem Sinne als zivilgesellschaftliches Handeln verstanden werden.

Ein politökonomischer Blick auf Zivilgesellschaft erlaubt auch eine realistische Einschätzung der entwicklungspolitischen NROs in Österreich. Insofern sie zum überwiegenden Teil staatlich finanziert werden, sind sie Teil des erweiterten Staates und beteiligen sich damit am Spiel um Macht. Als Teil des erweiterten Staates können sich zivilgesellschaftliche AkteureInnen nicht der Machtfrage entziehen, da der Umgang mit Herrschaft den Kern politischen Handelns bildet. Nicht-Regierungsorganisationen agieren niemals nur autonom, d.h. nach eigenen Gesetzen, sie sind – dies ist die starke Behauptung einer Totalitätsanalyse – niemals ohne Rückbezug auf das Ganze, in diesem Fall den erweiterten Staat zu verstehen.

Insofern NROs aber im öffentlichen Diskurs um die Anerkennung bestimmter Problematiken und die Vergewisserung gesellschaftlicher Grundwerte ringen, agieren sie – unabhängig von wem sie das Geld erhalten – im Raum der Zivilgesellschaft. Die politökonomische Sichtweise ist deshalb bezogen auf die Frage der Autonomie zivilgesellschaftlicher Akteure ungleich pragmatischer als die liberale. Kapitalistische Marktwirtschaften haben Staat und Waren als ihre strukturelle Grundformen: Menschen können ihre Gesundheitsleistungen vom Staat finanziert bekommen oder als Ware dafür bezahlen, Wohnen und Arbeiten können als Grundrechte der Menschen vom Staat genauestens geregelt werden oder ihre Leistungen finden ihren Preis am Wohnungs- und Bildungsmarkt. Die eigenen Lebensgrundlagen können im wesentlichen nur über Einkommen und Vermögen oder durch den Staat gesichert werden (vgl. Becker 2001). Auch für zivilgesellschaftliche AkteureInnen ist die Bandbreite möglicher materieller Absicherung eingeschränkt: neben den im Zuge kapitalistischer Expansion schrumpfen-

fenden Räume für Subsistenz und Freiwilligenarbeit verbleiben einzig Märkte oder Staat als Orte, diese materielle Absicherung zu erlangen. Eine NRO kann sich auf Freiwilligenarbeit beschränken, einem Unternehmen gleich Leistungen am Markt anbieten oder sie organisiert sich staatliche Zuwendungen. Von diesem Zwang befreit sind im Rahmen kapitalistischer Marktgesellschaften einzig Besitzbürger, die über ausreichendes Vermögen verfügen, um darauf verzichten zu können, ein Markteinkommen zu erzielen. Eine NRO, die aus Besitzbürgern besteht oder durch wohlhabende Besitzbürger finanziert wird, dies sind die beiden einzigen Möglichkeiten, den Zwängen kapitalistischer Marktwirtschaften zu entkommen.

Der letzte wichtige Punkt, in der Diskussion um Zivilgesellschaft betrifft das Verhältnis zum Markt. In liberalen Zivilgesellschaftskonzeptionen wird die Zivilgesellschaft in der Regel als ein nicht-staatlicher und nicht-marktlicher Bereich definiert. Bezeichnenderweise gibt es zwar für liberale TheoretikerInnen eine Vielzahl nicht-staatlicher Organisationen, niemals wird jedoch von nicht-Markt-Organisationen gesprochen. Der Kern der gegenwärtigen Probleme vieler NROs besteht ja gerade darin, dass sie immer mehr in eine marktliche Logik hineingedrängt werden, der sie sich – ob sie wollen oder nicht – nur um den Preis ihres eigenen Untergangs entziehen können. Solidarische Kooperation und Allgemeinorientierung können die NROs nicht länger in einem vom Markt separaten Raum verwirklichen, sondern sie müssen den Spagat schaffen, in einem Feld von Markt und Konkurrenz die eigene auf Solidarität, Gerechtigkeit und Verantwortung für die Eine Welt aufbauende Identität nicht über Bord zu werfen. NROs benötigen heute dialektisches Denken, das mit Widersprüchen umgehen kann, und kein idealisierendes und irreführendes Selbstverständnis.

2. Liberale Theorie und die Praxis der EZA

Im folgenden soll die Beziehung zwischen der Produktion von Ideen und der politökonomischen Entwicklung als dialektisch dargestellt werden. Weder ist Wissenschaft neutral, noch ist Wissen objektiv. Weder sind die herrschenden Ideen ident mit den Ideen der Herrschenden, noch ist es reiner Zufall, was gerade modische politische Konzepte sind. Weder darf Macht und Herrschaft ausgeblendet werden, noch gibt es einen strukturalistischen Selbstlauf der Macht. In der Tat sind Interessen und Theorien sehr eng verwoben; immer jedoch wird Geschichte von Menschen gemacht und ist daher für Veränderungen und Überraschungen offen. Die Wissens-Macht-Struktur ist demnach Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen und widerstreitender Wahrheitspolitiken. Klarerweise sind hierbei diejenigen im Vorteil, die über mehr Ressourcen und Möglichkeiten verfügen. Die Theoriebildung in der EZA zeigt dies sehr deutlich. Anhand der liberalen Theorie und deren Beziehung zur Entwicklungspolitik und EZA einerseits und globalen politökonomischen Entwicklungen andererseits kann dies blitzlichtartig gezeigt werden.

2.1 Planung und Interventionismus als Paradigma fordristischer nationalstaatszentrierter Politik

In Lateinamerika begann seit dem Ersten Weltkrieg und dann ganz intensiv mit der Weltwirtschaftskrise nach 1929 ein Industrialisierungsprozess. Zwanzig Jahre später griffen Forschende diese Entwicklungen auf, systematisierten sie und lieferten mit dem Strukturalismus eine zeitgemäße theoretische Interpretation (Kay 1989). Der Strukturalismus kritisierte den Freihandel, da dieser von den Zentrumsökonomien dominiert werde. Seine politischen Implikationen bestanden darin, eine importsubstituierende Industrialisierung vorzuschlagen. Theoretisch und politisch wurde dieser Ansatz von den Liberalen massiv bekämpft. Sie hielten an der Theorie komparativer Kostenvorteile fest und sahen in der Spezialisierung auf landwirtschaftliche Güter die „Berufung Lateinamerikas“. In dieser historisch einmaligen Phase war die Macht des liberalen Gedankenguts jedoch eingeschränkt.

Die Weltwirtschaftskrise nach 1929 delegitierte die bis dahin dominante liberale Theorie des *Laissez faire* (Polanyi 1978). Zu Recht wurde die Marktgläubigkeit des gesamten politischen Establishments für das Ausmaß und die Dauer der Krise verantwortlich gemacht (Hobsbawm 1995, Feldbauer et al. 1999). Das intensive, nach innen orientierte Akkumulationsregime erforderte ein weit höheres Ausmaß an staatlicher Intervention als das auf Export und extensiver Akkumulation aufbauende Modell der Vorkriegszeit. Imperialismus, ja sogar Kolonialismus waren für das intensive Akkumulationsregime nicht länger von entscheidender Bedeutung. Die staatliche Planung einer Massenproduktion für den Massenkonsum stand im Mittelpunkt der neuen Regulation. Der Arbeiterbewegung gelang es darüber hinaus, wichtige Bereiche des Sozialen – Bildung, Gesundheit, Wohnen und Altersvorsorge – zu staatlichen Aufgabefeldern zu machen. Es bildete sich das Konzept eines sozialen Rechts heraus, das Grundlage der Bereitstellung dieser öffentlichen Dienste wurde. An der Peripherie waren all diese Prozesse ebenfalls zu beobachten, wiewohl aufgrund fehlender Strukturen und fehlenden Geldes in der Regeln nur ansatzweise, fragmentiert und unsystematisch.

Zwar setzten liberale Ökonomen über die Internationalen Finanzorganisationen auch schon damals Strukturpassungsprogramme durch, diese beeinflussten die nationale Politik aber nie so umfassend wie in späteren Jahrzehnten. Ein Entwicklungsmodell, das mit Hilfe des Nationalstaats Industrialisierung und Modernisierung zu bringen versprach, war für alle Bevölkerungsgruppen der Peripherie eindeutig attraktiver. Entwicklungsplanung wurde zur dominanten Form der Kopplung von Wissen und Macht. ExpertInnen waren die Schlüsselpersonen in einer großen nationalen Anstrengung, welche das jeweilige Land der Peripherie aus seiner Unterentwicklung (so die Analyse der einen) oder Abhängigkeit (so die der anderen) herausführen sollte. Diese nationale Macht-Wissen-Struktur basierte auf technizistischen Gesellschaftsanalysen und sie verstand sich als Sozialtechnik, die rational und rationell in peripheren Räumen

intervenierte (Furtado 1997). Unterstützt wurde sie hierbei von der quantitativ bescheidenen internationalen Entwicklungshilfe. Klar wurde zwischen Wissenenden und Gebildeten einerseits und den zu Belehrenden und Unwissenden andererseits unterschieden.

2.2 Ultraliberalismus – die 80er Jahre

Anfang der 80er Jahre kam es zum Bruch. Die wirtschaftspolitisch liberalen, gesellschafts- und weltpolitisch konservativ-autoritären Regierungen in den USA und Großbritannien kündigten den Nachkriegskonsens auf, der die Interessen von Arbeit und Kapital und von Zentrum und Peripherie gleichermaßen zu berücksichtigen trachtete. Mit der abrupten Aufwertung des US-Dollars zusammen mit einer Hochzinspolitik gelang den USA im eigenen Land der Umbau des Staates, ohne den hohen Kosten für die Peripherie irgendeine Bedeutung beizumessen. Deshalb explodierte gleichzeitig über Nacht der in US-Dollar berechnete Schuldendienst und ab 1982 versanken Afrika und Lateinamerika in der Verschuldungskrise. Das alte auf den Nationalstaat ausgerichtete Entwicklungsmodell brach zusammen. Chile, wo der Entwicklungsstaat schon nach 1973 gewaltsam zerstört wurde, bildete das Modell für die developmentspolitische Wende zum Liberalismus.

Im Gefolge der Verschuldungskrise verordnete der Währungsfonds, unterstützt von der Weltbank, den meisten Staaten Afrikas und Lateinamerikas Strukturanpassungsprogramme (vgl. Parnreiter et al. 1999). Das fordistische, auf den Nationalstaat und Binnenmarkt ausgerichtete Entwicklungsmodell entsprach nicht länger den Erfordernissen der Akkumulation und den Bedürfnissen der Herrschenden. Langsam und in einem sozial umkämpften Prozess setzten sie eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an der Peripherie durch, die sich an den Schlagwörtern Privatisierung, Deregulierung und Marköffnung orientierte. Kredite im Bereich der Infrastruktur und im Sozialen wurden an die Erfüllung wirtschaftspolitischer Liberalisierung gekoppelt. Das Ergebnis dieser Politik war katastrophal, das „verlorene Jahrzehnt“ zerstörte Jahrzehnte mühsam errungener sozialer Fortschritte. Die Schere zwischen Nord und Süd ging noch weiter auseinander. „Zwischen 1960 und 1991 wuchs der Anteil der reichsten 20% am internationalen Einkommen von 70% auf 85%, während der Anteil des ärmsten Fünftels von 2,3% auf 1,4% sank.“ (Becker 1997: 135) Damit nahm laut UNDP die Einkommensschere zwischen dem reichsten und ärmsten Fünftel von 30:1 auf 61:1 zu!

Gerade auch wegen ihrer Opposition zu Diktaturen und autoritären Staaten wurden zivilgesellschaftliche AkteureInnen erstmals von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen. Diverse soziale Bewegungen, von den argentinischen Frauen am Plaza Mayo bis zu indigenen Gemeinschaften und vom Staat nicht anerkannten Gewerkschaften (vgl. Boris 1998), erregten öffentliches Aufsehen und riefen weltweit Sympathie hervor. In der Folge begann die Weltbank ihre

Strategie gegenüber den NROs zu ändern. Sie finanzierte zwar noch bis in die 2. Hälfte der 80er Jahre das riesige Straßenprojekt, das den brasilianischen Amazonas mit dem Pazifik verbinden sollte. Doch dieses rief ob seiner sozialen und ökologischen Folgen immer heftigeren Protest hervor. Um diesen Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen, finanzierte nun die Bank auch ein eigenes ökosoziales Entwicklungsprogramm (vgl. Castela, Novy 1996, Raffer, Singer 1999: 145). Beginnend Ende der 80er Jahre wurden zivilgesellschaftliche AkteureInnen somit zu PartnerInnen der großen Geberorganisationen. Gleichzeitig bedeutete dies, dass der Nationalstaat seine frühere Monopolstellung als vor Ort Partner der Geber verlor. Die NROs waren somit ein Mosaikstein in einer umfassenderen Strategie der Entstaatlichung.

2.3 Sozialliberalismus – die 90er Jahre

In den 90er Jahren wurde eine ideologische Strömung hegemonial, die als Sozialliberalismus bezeichnet werden kann (vgl. Bosi 1999: 373, Deacon et al. 1997). Darunter verstehe ich eine unter sozialdemokratischen Regierungen und mit Hilfe der Weltbank verordnete vermeintliche Domestizierung des Neoliberalismus. Unter Clinton, Blair und Schröder akzeptierten linke Regierungen die neoliberale Wirtschaftspolitik zur Gänze. Ihre eigenen Akzente setzten sie im Sozialen, dessen Vernachlässigung dem Neoliberalismus vorgeworfen wurde. Jedoch zeigte sich gegen Ende des 20. Jahrhunderts sehr deutlich, dass die vermeintliche Prioritätensetzung für das Soziale im wesentlichen auf eine Ökonomisierung des Sozialen hinauslief. Das Soziale wurde ökonomischen Kriterien unterworfen.

Die vielleicht bedeutsamste sozialliberale Akteurin ist die Weltbank, die sich heute als „Bank der Armen“ sehen will. Sie entdeckte die Armutsbekämpfung als einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit (Nuscheler 1997: 463ff.). Binnen kurzem wurde eine der Urheberinnen des sozialen Desasters der 80er Jahre zum Vorbild sozialen Engagements. Es gelang der Weltbank, rund um den Sozialliberalismus einen breiten Konsens quer über ideologische und politische Lager hinweg zu konstruieren. Angesichts der desaströsen sozialen Bilanz von zwei Jahrzehnten liberaler Politik mag dies verwunderlich erscheinen. Angesichts des beschränkten Handlungsspielraums für Regierungen wird das sozialliberale Programm fokussierter Intervention verständlich. Als Folge neoliberaler Politiken verschlechterten sich in den 80er Jahren weltweit die verschiedensten sozialen Indikatoren. Ausgehend von diesem einzigartig niedrigen Niveau, erholte sich das Ausmaß der Sozialleistungen in den 90er Jahren langsam. Wie Jäger (2001) z.B. für Chile und Uruguay detailliert zeigt kommen die Zahlen aber nur in Ausnahmefällen an die heran, die in dem – immer nur prekären – nationalen wohlfahrtsstaatlichen Modell vor den lateinamerikanischen Diktaturen der 70er und 80er Jahre üblich war. Die liberale Bilanz ist sozialpolitisch nach 20 Jahren ernüchternd, viel Optimismus ist notwendig, hier Besserungen zu erwarten.

Auf dem Gebiet der Ideologie war die Weltbank jedoch sehr erfolgreich. Es gelang ihr, das gesamte Konzept des „Wohlfahrtsstaats“ zu delegitimieren und in wesentlichen Teilen zu unterminieren, indem es die Konzeption von Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge als soziales Recht zerstörte. Alles sei Ware, Bildung und Gesundheit zum Beispiel seien Humankapital, das seinen Preis habe. Wie immer geartete Anrechte und *entitlements*, die Ansprüche der Menschen an Staat und Weltgemeinschaft verbriefen könnten, werden regelmäßig diskreditiert. Sie seien bloß Versuche von *rent seeker* und „Privilegienrittern“, um die Grundregeln einer Wettbewerbsgesellschaft zu leugnen und Sonderansprüche geltend machen zu wollen. Die Renten des fiktiven Kapitals jedoch, sei es am Kapital- oder Immobilienmarkt, wird aus dem offiziellen liberalen Diskurs ausgeblendet. An einem konkreten Beispiel soll die Mächtigkeit dieses neuen Diskurses dargestellt werden. Es ist das Thema „Armutsbekämpfung“ und „Treffsicherheit“.

3. Treffsicherheit und Armutsbekämpfung

Es gehört zu den Eigenheiten wissenschaftlicher Forschung, dass uns ihr Erfolg im Nachhinein in der Regel als selbstverständlich und wenig beeindruckend vorkommt. „Wenn sie überhaupt interessieren, können die ‚Entdeckungen‘ der Sozialwissenschaften nicht sehr lange Entdeckungen bleiben; je aufschlußreicher sie sind, desto wahrscheinlicher werden sie in das Handeln eingehen. Sie werden zu vertrauten Prinzipien des Lebens.“ (Giddens 1988: 409) Wissenschaftliche Konzepte diffundieren ins Alltagsverständnis und werden, wenn sie erfolgreich sind, Teil des Alltagswissens und manchmal sogar des „gesunden Hausverstands“. Das Konzept der „Treffsicherheit“, das das wichtigste Instrument bei den diversen modischen „Armutsbekämpfungsstrategien“ ist, ist derart erfolgreich, dass seine Implikationen erst nach eingehender Kritik verstanden werden. Treffsicher nimmt die neueste Modeströmung nämlich die Armen ins Visier und kann so ein beträchtliches Pathos für sich beanspruchen. Wer sich um die Ärmsten kümmere, muss doch politisch korrekt handeln, so die ständig transportierte Botschaft. Wenn es um die Verbesserung von Bildungs- und Gesundheitswesen gehe, dessen Anliegen muss doch redlich sein. Bei der folgenden Dekonstruktion dieses neuen entwicklungspolitischen Modewortes der „Treffsicherheit“ werden kurze Umwege notwendig sein, die sich mit den Wurzeln liberalen Denkens befassen. Den Anfang macht der Lieblingsfeind entwicklungspolitisch Engagierter.

3.1 Feindbild Neoliberalismus

Der Neoliberalismus ist ein gutes Reflexionsobjekt, weil er ein Lieblingsfeind der EZA-Szene geworden ist, der Identitätsstiftend wirkt. Wenn verschiedene Grup-

pierungen oft nicht mehr so genau wissen, was sie im Feld der EZA eint, die Gegnerschaft zum Neoliberalismus kann hierbei allemal herhalten. Konkret denken die meisten hierbei an die Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und Währungsfonds und an eine ungezügelter Marktwirtschaft. Wir wollen aber von einer weiteren Definition von Neoliberalismus ausgehen: „Neoliberalismus wird dabei nicht allein als ideologische Rhetorik oder als politökonomische Realität aufgefasst, sondern vor allem als ein politisches Projekt, das darauf zielt eine soziale Realität herzustellen, die es zugleich als bereits existierend voraussetzt.“ (Lemke et al. 2000: 9) Der alte Liberalismus des Adam Smith forderte vom Staat einen Freiraum für wirtschaftliches Handeln, der Neoliberalismus unterwirft nun auch Staat und Gesellschaft einer ökonomischen Logik. Nicht nur Unternehmen berechnen Kosten und Erträge, wir alle werden zu Unternehmern unserer selbst, emsig darum bemüht, „den Nettoprofit unseres Lebens“ zu kalkulieren (Adorno 1997: 370). Dieses politische Projekt findet keineswegs nur an der Peripherie der Weltwirtschaft Anwendung. Vielmehr handelt es sich um ein radikales, globales und universelles Projekt einer neuen Sozialtechnik, das auch, aber keineswegs nur auf dem Feld der EZA umgesetzt wird. Veränderungen in Lateinamerikas Sozialpolitik oder Österreichs Universitätspolitik sehen sich der gleichen dominanten Struktur gegenüber wie die zivilgesellschaftliche EZA. Schon lange nicht mehr nur in Unternehmen bilden Managementbücher das zeitgenössische Pendant zu den Fürstenspiegeln. Was diese beschreiben ist nicht die Wirklichkeit, sondern sie versuchen, eine neue herzustellen, indem sie die Richtung, Ansatzpunkte und Mechanismen der beabsichtigten Veränderung benennen. Das folgende Zitat über diese Literatur fasst zusammen, was unter der neuen neoliberalen Struktur der Gesellschaft zu verstehen ist, in der sich alle Organisationen – vom Staat über NROs bis zu Selbsthilfegruppen – als „kundenorientierte Dienstleistungsunternehmen“ sehen:

„Als Königsweg dazu propagiert die Managementliteratur die konsequente Übertragung des Marktmodells auf alle sozialen Beziehungen und wischt mögliche Einwände vom Tisch, indem sie das Geforderte zugleich als das bereits Gegebene voraussetzt. Die Omnipräsens des Marktes, so die suggestive Botschaft, lässt nur die Alternative, entweder alle bürokratischen Fesseln abzuwerfen und sich rückhaltlos dem Wettbewerb zu stellen – oder als Ladenhüter zu verstauben. Wenn die Therapie immer schon feststeht, ist auch die Diagnose kein Problem: Bürokratische Strukturen blockieren Flexibilisierungs- und Rationalisierungsprozesse, staatliche Eingriffe verzerren die Selbstregulation durch Angebot und Nachfrage, ‚Vollkaskokommentarität‘ verhindert Leistungsorientierung und Risikobereitschaft. Kurzum: Was auch schief läuft, schuld ist stets ein Mangel an Marktförmigkeit.“ (Bröckling et al. 2000: 133)

Der so verstandene Neoliberalismus ist somit eine Anordnung und zwar keineswegs bloß eine abgehobene Struktur, sondern eine verfestigte Ordnung, die Auswirkungen auf alle beteiligten Individuen und Organisationen im Feld der EZA hat. Auch die, die diesen Neoliberalismus nicht wollen, finden sich in seiner Geiselhaft: Spätestens nachdem auch Organisationen wie der Mattersburger

Kreis sich über „Projekte“ finanzieren, ihre Ideen „verkaufen“ und KundInnen für ihre Bücher suchen, wird klar, dass selbst KritikerInnen dieser Entwicklungen dem Neoliberalismus als Struktur nicht entkommen. Eine erste wichtige Lehre daraus ist, dass eine reflektierte EZA nicht einfach als die Verneinung des Bestehenden verstanden werden darf. Die liberale Markt- und Unternehmenskultur kann nicht einfach per Dekret oder Willenserklärung abgeschafft werden. Die in der Projektarbeit Tätigen sind Teil dieser Struktur, weiche an die darin Beschäftigten ganz spezifische Anforderungen stellt. Der Neoliberalismus hat im Feld der EZA eine Projektkultur geschaffen, die sich durch kurzfristiges, und fallspezifisches Herangehen auszeichnet. Sozialtechniken müssen verfeinert werden, gleichzeitig stellt der Neoliberalismus sicher, dass seine eigene Grundstruktur nicht Gegenstand von Reflexionen wird (Novy 2000). Um zu einer realistischen Einschätzung des Neoliberalismus zu kommen, muss die eigene Verstrickung und die der NROs in diesen Strukturen wahrgenommen werden. Diese Reflexion ist Teil der Suche nach Alternativen. Wenn in Freiräumen über diese Zusammenhänge reflektiert werden kann, dann eröffnet sich die Möglichkeit, die Komplexität des Feldes der EZA besser bearbeiten zu können und zu einer wirksameren Intervention im Sinne der Ziele der NROs und der EZA zu kommen.

3.2 Sozialliberale Umarmung oder Würgegriff?

Mit dem Siegeszug des Sozialliberalismus in den 90er Jahren kam es im Feld der EZA zu grundlegenden Veränderungen, was massive Auswirkungen auf die Tätigkeit der NROs hatte. Ihren Ursprung hatten viele NROs ja in den diversen Protestbewegungen im Zentrum und an der Peripherie. Allesamt forderten diese sozialen Bewegungen mehr Rechte für die Armen, weniger Technokratie, weniger Bürokratie und mehr Dezentralisierung und Demokratie. Im Bereich der Pädagogik war dies z.B. eine emanzipative Bildungsarbeit, die das Wissen auch der Benachteiligten nicht diskriminierte, und den AkteurInnen von unten Zeit und Raum gab, ihr Wissen zu artikulieren und wirksam werden zu lassen. So sah der bekannte brasilianische Pädagoge Paulo Freire in einem Behälter-Konzept von Wissen die Grundstruktur eines repressiven Macht-Wissens-Feldes. Im konventionellen Bildungsmodell seien die Armen bloß Behälter, die von Lehrenden zu füllen seien (Freire 1984: 57); Bildung werde so zur Spareinlage, zum Humankapital. Dem stellte er ein Konzept der *Bewußtseinsbildung* gegenüber, das Wissen als einen Prozess der Aneignung der Welt durch einzelne, aber mit Hilfe der Gemeinschaft verstand. Das konkrete Lebensumfeld, in dem sich die Menschen gleich Fischen im Wasser bewegen, wo sie sich auskennen und wohlfühlen, wo sie wissen, wie sie Feinde überlisten, Nahrung finden, Gefahren vermeiden – dieses Wissen haben die Armen, die einfachen Menschen. ExpertInnen, die in ein Dorf kommen, sind vielleicht besser im Rechnen, Zeichnen und Schreiben, aber was nützt dies den Menschen im Umgang mit ihren alltäglichen Problemen? So und ähnlich lautete die gängige Kritik. Die NROs, die aus den

sozialen Bewegungen im Zentrum und an der Peripherie hervorgingen, zählten zu den ersten, die auf diese Weise das hierarchische Wissensverständnis in Frage stellten. Dem Wissen von oben stehe ein Wissen von unten entgegen, das die Betroffenen in den Entwicklungsprozess einbringen. Wenn dieses vor Ort-Wissen negiert werde, verkümmert die Intervention der ExpertInnen zu einer Zwangsbeglückung oder gar zur Ausübung von Herrschaftswissen gegen den Willen der Basis. Partizipation wurde zu einem Schlüsselbegriff, der das Wissen von oben mit dem von unten verbinden sollte, indem den Betroffenen im Planungsprozess eine Stimme gegeben wird.

Ideologisch lieferte der Sozialliberalismus ein Modell, wie diesen Ansprüchen genüge getan werden konnte. Dabei wurden z.B. im Bildungsbereich einige der diskursiven Elemente Freires als Kritik akzeptiert, adaptiert aufgenommen und zu Schlüsselementen des Sozialliberalismus. Macht und Wissen soll demnach von unten ausgehen und die lokalen Ressourcen und das lokale Wissen zur Problemlösung nutzen. Jedoch wird heute diese lokale Vielfalt an Situationen und Lösungsvorschlägen nach einheitlichen, „zählbaren“ Kriterien bewertet. „Die Organisationen in zähl- und meßbarer Form zu bringen, heisst aber, sie dessen zu berauben, was sie des Zählens ursprünglich wert gemacht hatte.“ (Weick 1985: 45) Die diversen Kriterien und Indikatoren überbewerteten allesamt die monetär-finanzielle Dimension und konzentrierten sich auf technische Lösungen. Damit unterwerfen sie nicht-monetäre, dissidente und kritische Aspekte einer quantitativen Logik. Der Partizipation in der Umsetzung steht somit die Nicht-Einbindung bei der Festlegung der Bewertungskriterien entgegen – was wiederum eine einseitige Ausübung von Macht und Wissen bedeutet.

Öffentliche Dienstleistungen wurden als ein Markt konstituiert, bei dem die EntscheidungsträgerInnen die Regeln betreffend des Marktwerts von Leistungen vorgeben. Im Bereich von Gesundheit und Bildung lauten derartige quantitative Indikatoren z.B. Rate des Analphabetismus, Einschulungsrate, Kindersterblichkeit. Wer nun einzelne Leistungen, seien es Bildungs-, Gesundheits- oder andere Angebote, erbringt, der muss sich strengen akademisierten Kriterien der Leistungserstellung, Rechenschaftspflicht und Rechnungslegung unterwerfen. Entscheidungsträger, seien es Regierungen oder internationale Finanzorganisationen, begrüßen hierbei ausdrücklich die Teilnahme von NROs und anderen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen. Doch innerhalb dieser Organisationen werden solche, die sich dem Typus Unternehmen und Beratungsfirma annähern, bevorzugt, ein großer Teil der kleinen Initiativen werden im Zentrum und an der Peripherie aber als mögliche LeistungserstellerInnen von vorneherein ausgeschlossen. Das geforderte Wissen bezüglich Abrechnung und Berichterstattung ist zu komplex. Kleine Initiativen bedürfen in diesem Markt daher besonders der akademisch gebildeten Intermediäre wie z.B. des Personals in NROs sowohl im Zentrum als auch an der Peripherie. Diese vermitteln zwischen den Zielgruppen der öffentlichen Leistungserstellung und den EntscheidungsträgerInnen; ihre Rolle als MediatorInnen wird aufgewertet. Dies erklärt die breite Zustimmung zur Vermarktlichung öffentlicher Dienste, wie sie unter wichtigen

Teilen der Intellektuellen gegenwärtig feststellbar ist. Jedoch sind die VermittlerInnen heute in einer prekäreren Situation als früher, da ihre privilegierte Stellung am Markt niemals dauerhaft gesichert, sondern ständig erkämpft werden muss. Dies erhöht die individuelle Unsicherheit und damit den Konformitätsdruck, denn es ist für die VermittlerInnen immer riskant, sich gegen die Entscheidungsträger stellen. Nun ist es so, dass ein Gutteil der VermittlerInnen, vor allem in Lateinamerika, aus dem selben kulturellen Milieu stammt, das in den 80er Jahren auf die mächtig auftretenden Basisinitiativen hin orientiert war und in Opposition zu den Herrschenden stand. In dieser Konjunktur waren viele dieser Intellektuellen Anwältin sozialer Bewegungen, sei es als ArchitektInnen, RechtsanwältInnen oder ÄrztInnen. Mit der Schwächung der Basis schwand die Identifizierung nach unten, mit der Vermarktlichung erhöhte sich die Abhängigkeit von den Geldgebern. Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass der Sozialliberalismus Wissen und Macht stark hierarchisiert. Die diskursive und organisatorische Ausformung des neuen marktförmlich organisierten und akademisierten Feldes fördert die Abwertung der lokalen, als ungebildet definierten Akteure und damit die Akademisierung und „Elitisierung“.

Der Sozialliberalismus lenkt zwar das Augenmerk auf den sozialen Bereich, er behandelt das Soziale aber als eine spezielle Form von Markt. Die VermittlerInnen im Feld der EZA werden auf diese Weise zu Marktteilnehmenden, die kurzfristig ihr Handeln optimieren müssen, ohne ihr eigenes Handeln weiterhin in einen größeren Zusammenhang einzubetten. Globale und makrostrukturelle Rückwirkungen auf das eigene Handeln werden selten bedacht und treffen die AkteurInnen oft vollkommen überraschend. Die Abwicklung von Kleinkreditprogrammen kann bis ins Detail geplant sein, die Kostenrechnung kann penibel sein. Wenn es aber zu Inflation, Währungsabwertungen und Zinssatzsteigerungen kommt, dann handelt es sich um exogene Schocks, die sich dem eigenen Einzugsbereich vollkommen entziehen. Als unabänderliche Strukturen bleiben sie in der individuellen Planung genau so ausgeblendet wie das Wetter, im konkreten Handeln dreht sich alles um Verbesserungen im Kleinen. Die Frage von Ungleichheiten und strukturellen Ungerechtigkeiten bleibt im konkreten Handeln derartiger Kleinkreditprogramme zumeist ausgeblendet (Hanak 2000: 322). Sozialtechniken können nämlich leicht für die Interessen der Machtstruktur vereinnahmt werden. Die VermittlerInnen begeben sich damit in die gleiche Sackgasse, wie das vielfach kritisierte technokratische Wissen, das in den 50er und 60er Jahren in der Entwicklungsplanung vorherrschend war. Immer mehr AkteurInnen der Zivilgesellschaft gehen in ihrem Handeln ebenso wie früher die Staatsbürokratie davon aus, es gebe so etwas wie „neutrales“ Wissen und eine „objektive“ fachliche Kompetenz. Die Folgen für den Entwicklungsprozess sind fatal; vor allem deshalb, weil es sich heute bei diesen VermittlerInnen um Personen und Organisationen handelt, die sich noch vor 10, 15 Jahren gegen das autoritäre Planungsverständnis stellten und nach alternativen Entwicklungsmodellen suchten: Dieser Teil der Zivilgesellschaft war ein – zwar durchaus widersprüchlicher – sozialer Raum mit einer von Staat und Markt in Ansätzen

verschiedenen Handlungslogik und einem gewissen emanzipatorischen Potential. Die sozialliberale Vereinnahmung resultierte in einer Banalisierung dieses Potentials, in einer Reduktion zivilgesellschaftlicher Praxis auf Fürsorgedienste.

3.3 Kooperation und Konkurrenz

Der Diskurs von Markt, Effizienz und Privatinitiative, der eben noch als Neoliberalismus massiver Kritik ausgesetzt war, wurde somit im Gewand des Sozialliberalismus weitgehend unbestritten als neue historische Wahrheit akzeptiert. Es ist beeindruckend, wie so scheinbar marktfremde Bereiche wie Heiraten und Bildung, aber auch die Freiwilligenarbeit und gegenseitiges Vertrauen als soziale Räume konstruiert wurden, in denen der Eigennutzen dazu führe, optimal Mittel einzusetzen, um seine Ziele zu erreichen: überall sehen immer mehr Menschen Märkte und Kapital. Diese am Individuum ansetzende Weltanschauung ist zunehmend weit über den Kreis der Ökonomen hinaus attraktiv, denn der Liberalismus liefert eine einleuchtende und logische Reduktion der Wirklichkeit. In der Tat stehen einzelne und Organisationen in Marktwirtschaften regelmäßig in Konkurrenz, in der Tat wohnt dem Kapitalismus eine Tendenz inne, alles zu bepreisen und damit zu einer Ware zu machen. In diesem Sinne sind Kosten-Nutzen-Rechnungen in kapitalistischen Marktwirtschaften wichtig, weil sie eine Handlungsorientierung geben. Gleichzeitig jedoch mündet ein logisch-lineares Weltbild, wie es der Liberalismus mit seinen Kategorien anbietet, in modernen Gesellschaften und angesichts komplexer Probleme rasch in Sackgassen. Diese individuelle Perspektive und die Reduktion der Wahrnehmung auf den Aspekt der Konkurrenz blendet die zweite Dimension kapitalistischer Marktwirtschaften, nämlich die Seite der Kooperation aus. Die ungeheure Anhäufung individuellen Reichtums wäre durch Arbeit im „Schweisse seines Angesichts“ allein nie möglich. Selbst die Fleissigen und Tüchtigen kämen nicht weit, gebe es nur Konkurrenz und nicht eben auch Kooperation. Ohne helfende Hände nützt unternehmerische Initiative nichts, ohne Arbeiterschaft gäbe es kein Kapital. Die Dominanz individuellen Eigennutzes würde somit selbst die Paradoxe kapitalistischer Marktwirtschaften, das Unternehmen, ruinieren. Auch innerhalb jeden Betriebes muss das Spannungsverhältnis von Konkurrenz und Kooperation ausgeglichen werden, um wirksam agieren zu können. Umso mehr gilt dies in NROs, in der Zivilgesellschaft und auf dem Feld der EZA. Um aber mit zirkulären und widersprüchlichen Prozessen umzugehen, ist ein dialektischer und reflexiver Zugang unumgänglich.

3.4 Lateinamerikanisierung Europas?

Die Beschäftigung mit Fragen der Entwicklungspolitik wird heute durch den europäischen Einigungsprozess fast vollständig verdrängt. Internationalisie-

rung, sei es in der unternehmerischen, aber auch in der universitären Praxis ist immer mehr auf die Zentren der Weltwirtschaft beschränkt. De facto wird die Politik gegenüber der Peripherie der Weltwirtschaft unter die selben Gesichtspunkte gestellt wie die gegenüber der sozialen Peripherie im eigenen Land. Eine Mischung aus Fürsorge- und Sicherheitspolitik, aus Sozialhilfen und PolitistInnen hier, ExpertInnen der EZA und Militär dort. Dabei wird getan, als handle es sich hierbei um marginale Probleme, die kein breiteres allgemeines Interesse verdienen. Gerade die Diskussionen um Sozialliberalismus und Treffsicherheit zeigen, dass aus der Reflexion über Entwicklungspolitik auch für die europäische Politik relevante Feedbacks geliefert werden können.

Im Kern dreht sich das sozialliberale Modell, das in vielen Staaten in den 90er Jahren als Antwort auf den Ultraliberalismus entstand, darum, die Gesellschaft auf einen Markt zu reduzieren. Der Markt sei eine natürliche Ordnung, die Freiheit, Glück und Gerechtigkeit schaffe. Einzig aus Marktverzerrungen resultieren einzelne Probleme, denen sich eine sozial verantwortliche Politik zu widmen habe. Ein derartiger Bereich sei die Armenfürsorge. Sozialpolitik sei keine Gesellschaftspolitik, von der alle Mitglieder eines Gemeinwesens profitieren, sondern sie sei auf die Bedürftigen zu fokussieren, denen die ausreichende Mündigkeit fehle, am Markt bestehen zu können. Normale Mitglieder des Gemeinwesens, d.h. die sogenannte Mittelschicht, sind Marktteilnehmende, für die die Politik sicherstellt, dass die Märkte funktionieren. Dazu benötigt der Staat ein funktionierendes Rechtssystem und vor allem ausreichende Ordnungshüter. Es ist dies die angelsächsische Tradition einer Gesellschaft der Besitzbürger. Die Folge dieses besitzbürgerlichen Modells war immer eine mehr oder weniger stark ausgeprägte soziale Polarisierung in Besitzende und Habenichtse und eine sozialräumliche Polarisierung in Slums und Mittel- und Oberschichtswohngebieten.

In Kontinentaleuropa und Skandinavien basierte die Gesellschaft in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts auf anderen Grundlagen. Eine republikanische Tradition verankerte neben den Prinzipien des Marktes auch diejenige des Rechts in der Gesellschaftsordnung. Das Recht schafft einen Anspruch, ein *entitlement*, das den Mitgliedern eines Gemeinwesens als BürgerInnen zusteht. Darauf basierte der Wohlfahrtsstaat, der in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge, und ansatzweise über das Mietrecht auch beim Wohnen universelle Rechte schuf. Es bildete sich – zumindest vom Anspruch her – ein einheitliches System sozialer Dienste heraus, das allen BürgerInnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in gleicher Qualität sichergestellte. Seine Wirksamkeit verdankte der Wohlfahrtsstaat der teilweise Entkommodifizierung, d.h. dem Umstand, dass Bildung und Gesundheit keine Waren waren, die auf Märkten erhältlich waren, sondern öffentlich bereitgestellt wurden. Die sozialräumliche Homogenität von Städten wie Wien ist nur vor dem Hintergrund des Wohlfahrtsstaates und der teilweise Entkommodifizierung des Wohnungssektors verständlich (Novy et al. 2001), wohingegen Segregation und Kommodifizierung Hand in Hand zu gehen scheinen.

Der Neoliberalismus zerstörte vor allem an der Peripherie und insbesondere in den Schwellenländern die Ansätze von Wohlfahrtsstaates, die sich im Zuge der nationalstaatszentrierten Entwicklungsweise herausbildeten. Hierbei waren die Struktur Anpassungen und allgemeine Budgetkürzungen im Sozialbereich die wirksamsten Maßnahmen. Der Sozialliberalismus setzt das Werk des Neoliberalismus fort, indem er ein neues Modell des Sozialstaats einführt. In diesem Modell werden in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge zum Teil erneut Märkte eingeführt, zum Teil Märkte geschaffen. „Rechte“ gibt es im Sozialliberalismus keine mehr, einzig Fürsorgeleistungen, die nach Maßgabe der Finanzierbarkeit vom Staat angeboten werden. Die *Entrechtlichung des Sozialen* ist der Kern des Sozialliberalismus, und es ist dieser Umstand, der den Sozialliberalismus zu einer reaktionären, im Sinne einer rückwärtsgewandten Ideologie macht. Für die Unterschichten sind die Unterschiede zwischen einem prekären Sozialstaat, dessen Netz vor allem an der Peripherie mehr als löchrig war, und dem Sozialliberalismus gering. In beiden Fällen wird ihnen die Teilhabe an der Gesellschaft nur als BürgerInnen zweiter Klasse ermöglicht, eben als diejenigen, die nicht fit für den Markt und damit die besseren und teureren sozialen Dienste sind. Katastrophal ist der Sozialliberalismus für gute Teile der Mittelschicht, die sich nun soziale Dienste erneut zur Gänze über den Markt organisieren müssen, wenn sie nicht ihren sozialen Abstieg zur Kenntnis nehmen wollen. Die Mittelschicht steht vor der Wahl: entweder die Privatschule zahlen oder den Kindern Berufschancen versperren; entweder eine private Gesundheitsversicherung oder endlose Wartschlangen im öffentlichen System. Der Sozialliberalismus hat die Länder der Peripherie schon verändert, die Mittelschicht Lateinamerikas ist geschrumpft und in einer sozial äußerst prekären Situation. Nun werden über den Diskurs der Treffsicherheit auch immer größere Teile der europäischen Mittelschicht aus dem Sozialstaat gedrängt. Die Reflexion über die Erfahrungen der Peripherie mit dem Sozialliberalismus sind nicht nur entwicklungspolitisch bedeutsam, sie sind von höchster politischer Aktualität im Europa von heute.

4. Resumee

Der Siegeszug liberalen Gedankengutes ist kein Zufall. Der Liberalismus mit seiner individualistischen und besitzbürgerlichen Gesellschaftsvorstellung ist tief in die Alltagskultur eingedrungen – in Österreich genauso wie in weiten Teilen der Welt (Oliveira 1998). Der Liberalismus ist ideologisch und politisch weitgehend hegemonial geworden, und zwar sowohl politisch und ökonomisch als auch ethisch-kulturell. Daher müssen auch die entwicklungspolitischen AkteureInnen das ABC des Liberalismus kennen und sich in Theorie und Praxis des Liberalismus orientieren können. Wie Bowles und Gintis (1986) betonen, gibt es auch im Liberalismus ein progressives Potential – daraus resultiert ja letztlich auch ein Gutteil seiner Attraktivität. Jedoch haben die Veränderungen

der letzten Jahre gezeigt, dass die Annäherung an liberale Theorien und Praktiken dem Anliegen von Solidarität und Gerechtigkeit zumeist keinen guten Dienst erwiesen hat (Becker 1998). Vereinnahmung und Würgegriff liegen beim Sozialliberalismus eng beieinander. Die Kunst der Reflexion besteht darin, die widersprüchliche Welt, die uns umgibt, wahrzunehmen und handlungsfähig zu bleiben – ohne Widersprüche zwanghaft auflösen zu wollen. Konkret heisst dies in der liberalen und gleichzeitig nicht-liberalen Denkweise, argumentieren und handeln zu können – wir müssen uns dialektisches Denken wieder aneignen. Dies erleichtert das konkrete Handeln, denn auf dem Feld der Praxis besteht die Kunst darin, in einem ersten Schritt die Widersprüchlichkeiten im dominanten Diskurs aufzuzeigen und in einem zweiten mögliche Veränderungsstrategien zu entwerfen.

Abstracts

This article analyses the relationship between theory and practise in the field of development co-operation. It focuses on the often underestimated importance of theory generation for the praxis of development co-operation. The main critique is directed towards liberalism which, in transforming itself from neo- to social liberalism, has become hegemonic to an astonishingly high degree. But even the liberal understanding of civil society and non-governmental organisations as non-state-actors is analytically and politically of limited usefulness. Concepts of political economy, that view civil society as a politically and culturally hard-fought field, contribute considerably more to the understanding of development processes. In the second part of the article the liberal theory and practise of development co-operation is being analysed in historical perspective. The article ends by criticising and deconstructing the social liberal concepts of focalisation and poverty alleviation.

Der Artikel untersucht den Zusammenhang von Theorie und Praxis im Feld der EZA. Dabei wird die oftmals unterschätzte Bedeutung der Theoriebildung für die Praxis der EZA hervorgehoben. Im Mittelpunkt steht hierbei ein kritische Auseinandersetzung mit dem Liberalismus, der im Übergang von Neo- zum Sozialliberalismus in einem beeindruckenden Ausmass hegemonial geworden ist. Aber schon der liberale Zugang zu Zivilgesellschaft und NROs, der beide als nicht-staatliche AkteureInnen versteht, erweist sich als analytisch und politisch wenig brauchbar. Der Erklärungsversuch politökonomischer Theorien, die Zivilgesellschaft als einen politisch und kulturell umkämpften Raum sehen, ist deutlich höher. Im zweiten Kapitel wird die liberale Theorie und Praxis in der EZA aus historischer Perspektive untersucht. Der Artikel schließt mit einer Kritik an den sozialliberalen Konzepten von Treffsicherheit und Armutsbekämpfung.

Literatur

- Adorno Th. W. 1997. *Negative Dialektik*, 9. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Becker, J. 1997. „Entwicklungsmodelle, Internationalisierung und Verteilung“. In: Raza, W., A. Novy. *Nachhaltig arm – nachhaltig reich?* Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind, 135–174.
- Becker, J. 1998. „Der kurze Traum immerwährender Demokratie“. *Kurswechsel* 1/98, 11–22.
- Becker, J. 2001. *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Habilitation. Eingereicht an der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Boris, D. 1998. *Soziale Bewegungen in Lateinamerika*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Bosi, A. 1999. *A dialética da colonização*. São Paulo: Companhia das Letras.
- Bowles, S., H. Gintis. 1986. *Democracy and Capitalism*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Bröckling, U. 2000. „Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement“. In: Bröckling, Ulrich et al.: *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 131–167.
- Castela, R., A. Novy. 1996. „Der schwierige Zutritt der Armen zu Staat und Zivilgesellschaft im brasilianischen Bundesstaat Acre“. In: Kolland et al. *Staat und zivile Gesellschaft. Beiträge zur Entwicklungspolitik in Afrika, Asien und Lateinamerika*. Historische Sozialkunde 8. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind, 73–92.
- Cowan, M. P., R. W. Shenton. 1996. *Doctrines of Development*. London and New York: Routledge.
- Deacon, B., M. Hulse, P. Stubbs. 1997. *Global Social Policy. International organizations and the future of welfare*. London: Sage.
- Feldbauer, P. et al. 1999. *Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929 bis 1999)*. HSK 15. Internationale Entwicklung. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind.
- Foucault, M. 1983. *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Freire, P. 1984. *Pädagogik der Unterdrückten*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Friedmann, J. 1992. *Empowerment. The Politics of Alternative Development*. Cambridge/US, Oxford: Basil Blackwell.
- Foucault, M. 1983. *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Furtado, Celso. 1997. *Obra Autobiográfica*. Tomo I, São Paulo: Paz e Terra.
- Giddens, Anthony. 1988. *Die Konstitution der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Campus.
- Grabher, G. 1994. *Lob der Verschwendung: Redundanz in der Regionalentwicklung; ein sozioökonomisches Plädoyer*. Berlin: Ed. Sigma.
- Gramsci, Antonio. 1971. *Selections from the Prison Notebooks*. Edited and translated by Hoare, Qu. and G. N. Smith. London: Lawrence and Wishart.
- Hanak, Irmi. 2000. *Micro-credit programs' undelivered promises in poverty alleviation. Journal für Entwicklungspolitik* 3/2000, 303–328.
- Hobsbawm, Eric. 1995. *Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991*. London: Abacus.
- Jäger, J., G. Melinz, S. Zimmermann. 2001. *Sozialpolitik in der Peripherie*. HSK 19. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind.
- Kay, C. 1989. *Latin American Theories of Development and Underdevelopment*. London and New York: Routledge.
- Kolland, Franz et al. 1996. *Staat und zivile Gesellschaft. Beiträge zur Entwicklungspolitik in Afrika, Asien und Lateinamerika*. Historische Sozialkunde 8. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind.

Lemke, Thomas. 1997. *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*. Argument Sonderband Nr. 251, Berlin/Hamburg: Argument.

Lemke, Thomas. 2000. „Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung“. In: Bröckling, U. et al.: *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7–40.

Lueger, M. 2000. *Auf den Spuren der sozialen Welt. Methodologie und Organisation interpretativer Sozialforschung*. Habilitationsschrift. Unveröffentlichtes Manuskript.

Novy, A. 1996. „Zivilgesellschaft: Hoffnungsträger oder Trojanisches Pferd?“ *Kurwechsel* 1/96, 26–38.

Novy, A. 2000. „Geld ist eine Waffe, die den Gegner verwirrt“. *Journal für Entwicklungspolitik* 2/2000, 189–208.

Novy, A., V. Redak, J. Jäger, A. Hamedinger A. 2001-forthcoming. „The End of Red Vienna – Recent ruptures and continuities in urban governance“. *The Journal of European Urban and Regional Studies* 2/01.

Nuscheler F. 1996. *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. 4. Aufl. Bonn: Dietz.

Oliveira, F. 1998. „Avantgarde der Rückständigkeit und Rückständigkeit der Avantgarde. Globalisierung und Neoliberalismus in Lateinamerika“. *Kurwechsel* 1/98, 87–97.

Parnreiter, Ch., A. Novy, K. Fischer. 1999. *Globalisierung und Peripherie. Neustrukturierungen in Afrika, Asien und Lateinamerika*. Historische Sozialkunde 14. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind.

Polanyi, K. 1978. *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Raffer, K., Singer H. W. 1996. *The Foreign Aid Business. Economic Assistance and Development Co-operation*. Cheltenham: Edward Elgar.

Schicho, W. 1997. „Positionen in der Zivilgesellschaftsdebatte: Gemeinschaft der Akteure versus Verhandlungsraum“. *Journal für Entwicklungspolitik* 4/97, 365–372.

Schmid, W. 1991. *Auf der Suche nach einer neuen Lebenskunst. Die Frage nach dem Grund und die Neubegründung der Ethik bei Foucault*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Thiel, R. Hg. 1999. *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie*. Bonn: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung. Themendienst der zentralen Dokumentation, No. 10.

Wagner, B. 1997. „Zum Begriff ‚Zivilgesellschaft‘ (società civile) bei Antonio Gramsci“. *Journal für Entwicklungspolitik* 4/97, 359–364.

Weick, K. 1985. *Der Prozeß des Organisierens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Andreas Novy, *Wirtschaftsuniversität Wien, Rossauer Lände 23, A-1090 Wien*
e-mail: andreas.novy@wu-wien.ac.at

Michael Obrovsky

Standortbestimmung der entwicklungspolitischen NGOs in Österreich

Dieser Beitrag ist die Zusammenfassung eines Diskussionsbeitrages und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Im Sinne von erforderlicher Komplexitätsreduktion wird nur dort exemplarisch auf Details verwiesen, wo dies zur Anschaulichkeit beiträgt.

1. Zur Struktur der NGOs und ihre Verankerung in der Zivilgesellschaft

Zu Beginn der 80er Jahre läßt sich die österreichische entwicklungspolitische NGO Szene folgendermaßen charakterisieren:

Viele kleinere Vereine und Solidaritätsgruppen bildeten gemeinsam mit kirchlichen und kirchennahen Einrichtungen ein *tragfähiges Fundament für entwicklungspolitisches Engagement*. Vor allem Studierende, engagierte Christinnen und international ausgerichtete Sozialdemokratinnen bilden den zivilgesellschaftlichen Rückhalt in der „Entwicklungshilfe“. Die Befreiungstheologie, ein christlich sozialer Ansatz oder ein revolutionärer marxistischer Ansatz waren das ideologische Legitimationsgebäude für den Anspruch an gesellschaftsverändernden internationalen Aktivitäten in Österreich.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre haben einige große internationale Hilfswerke (World Vision, Hunger Projekt), die vor allem mit emotionsgeladenem Fundraising den österreichischen Spendenmarkt bearbeiteten, Niederlassungen oder österreichische nationale Vereine gegründet.

Ab Beginn der 90er Jahre wurden verschiedene neue Vereine und Einrichtungen (KFS, ÖNSI, KOMMENT) gegründet, um auch als *Projektdurchführungsorganisationen für öffentliche Projekte* zur Verfügung zu stehen. Da diese Gründungen aber in erster Linie Diversifizierungen von Aktivitäten anderer bestehender Einrichtungen waren, die aus politischen, strategischen Überlegungen durchgeführt wurden, fehlte hier der unmittelbare Rückhalt der Zivilgesellschaft. Dieser wurde aus der gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Gründungsortorganisationen für die Zivilgesellschaft abgeleitet.

Der Beitritt Österreichs zur EU im Jahr 1995 hat für die österreichische Entwicklungspolitik und für die projektdurchführenden Organisationen eine *Internationalisierung ihrer Arbeit* mit sich gebracht. Die Forderung der EZA Verwaltung nach *Professionalisierung* nichtstaatlicher Einrichtungen zielte vor allem auf die Herstellung organisatorischer Voraussetzungen für eine Teilnahme am europäischen und internationalen Wettbewerb des Entwicklungsbusiness.